

Marzahn- Hellersdorf

26. Jahrgang / Januar 2016

links

DIE LINKE. Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf • Informationsblatt

Seite 2: „Entscheidungen des LaGeSo erfuhren wir aus der Zeitung“ / Ortsumfahrung Ahrensfelde

Seite 3: Petra Pau: Als „Gottlose“ durchs Jahr / Flüchtlingsunterkünfte in Schulsporthallen

Seite 4: BVV im Dezember: Franz-Carl-Achard-Schule wieder Thema / Aus dem Bezirksvorstand

Seite 5: Regina Kittler: Berliner Haushalt und Bildung / Juliane Witt: Die Sprache der Kunst ist universell!

Seite 6: Aus den Siedlungsgebieten / Was geht uns das Klima an?

Seite 7: Zur Person: Steffi ... / IG Bauen Agrar Umwelt (IG BAU)

Seite 8: Vermischtes / Hinten links: Solidarität

„Möge das Neue Jahr sich besser aufführen!“ (Heinrich Heine)

2016 - ein Jahr der Herausforderungen und Chancen - ich wünsche gleich zu Anfang allen Leserinnen und Lesern unserer Infoblattes ein friedliches, gesundes und erfolgreiches neues Jahr!

Wenn dieser Beitrag erscheint, werden die Silvesterfeierlichkeiten längst verfliegen, die weihnachtliche Harmonie wird durch den Alltag auch schon in Vergessenheit geraten sein. Wir blicken zurück auf ein Jahr der Superlative, der Krisen und Katastrophen, aber auch mit einem neuen, bisher ungekannten, zivilgesellschaftlichen Engagement. Gerade die zweite Jahreshälfte hat gezeigt, dass an die Stelle von Angst und Hass Solidarität und Menschlichkeit treten können. Dass es viele gibt, die lieber Menschen in Not helfen, als sich von Antidemokraten instrumentalisieren zu lassen. An dieser Stelle möchte ich mich im Namen unserer BVV-Fraktion und der Bezirkspartei sehr herzlich bei allen bedanken, die sich ehren- und hauptamtlich für andere Menschen engagieren. Ihr Wirken findet zu meist im Hintergrund und oft zu wenig von der Öffentlichkeit bemerkt statt. Sie spenden Menschen in Not Trost, helfen Älteren, den Alltag zu meistern, und sind für jene da, die sich alleinfühlen.

In diesem Jahr steht für uns als Partei eine wichtige Herausforderung an. Im September werden ein neues Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenversammlung gewählt.

Wir - DIE LINKE - haben den Anspruch, erneut stärkste politische Kraft in Marzahn-Hellersdorf zu werden. Nicht für uns, sondern für die Anliegen der Menschen, die uns das Vertrauen geben. Menschen, die einen Bezirk der Solidarität und sozialen Gerechtigkeit wollen.

SPD-CDU-bündnisgrüne Koalition des Personalabbaus, der verschlissenen Infrastruktur, des Abbaus von Mitbestimmungsrechten und der Kurzsichtigkeit abzulösen und Mehrheiten für eine linke, soziale und ökologische Politik zu organisieren. Marzahn-Hellersdorf



Bürgerinnen und Bürger, die mehr Mitbestimmung und offene Ohren für ihre Interessen einfordern. Wir haben in den vergangenen vier Jahren gezeigt, dass wir Antworten auf die entscheidenden Fragen der bezirklichen Politik haben. Nun gilt es, die bezirkliche

kann mehr, und dafür braucht es eine starke LINKE. Stellen wir uns gemeinsam den Aufgaben des Jahres 2016! Ganz im Sinne von Heinrich Heine - siehe oben.

Bjoern Tielebein

**Fünf große Feinde des Friedens wohnen in uns:
nämlich Habgier, Ehrgeiz, Neid, Wut und Stolz.
Wenn diese Feinde vertrieben werden könnten,
würden wir zweifellos ewigen Frieden genießen.**

**Francesco Petrarca (1304-1374),
italienischer Dichter und Gelehrter**

DIE LINKE.

„Entscheidungen des LaGeSo erfahren wir aus der Zeitung“

Das Unternehmerfrühstück Ende November beschäftigte sich mit dem Thema Flüchtlinge. Dafür gab es keine kompetentere Gesprächspartnerin als die Bezirksstadträtin und stellvertretende Bürgermeisterin, Dagmar Pohle.

In ihrem einführenden Statement zeichnete sie ein dramatisches Bild der Fluchtursachen. Neben Krieg und Klimawandel vertreibt die rücksichtslose Weltwirtschaft Menschen aus ihrer angestammten Umgebung. Landgrapping entzieht den Bauern ihre Lebensgrundlage, Verpachtung der Fischfangrechte an große Lebensmittelkonzerne zwingt die Fischer in Somalia, ihr Land zu verlassen.

An konkreten Beispielen konnten die Teilnehmer erkennen, wie verheerend sich das Versagen der Landespolitik in Marzahn-Hellersdorf auswirkt. Auf Vorschläge des Bezirks zur Nutzung der freiwerdenden, mit allem Notwendigen eingerichteten Psychiatriebauwerke auf dem Gelände des Griesinger-Krankenhauses - nach Wochen noch keine Antwort vom LaGeSo! Entscheidungen über den Bau von Unterkünften und die Belegung von Gebäuden erfährt der Bezirk aus der Zeitung. Busse mit Flüchtlingen stehen wenige Stunden nach Ankündigung vor den Notunterkünften im Glambecker Ring und in der Bitterfelder Straße, während freiwillige Helfer und auch die Stadträtin noch die Betten beziehen.

Obwohl sich für die Flüchtlinge nach drei Monaten der Arbeitsmarkt öffnet, ist es noch im-

mer schwierig, eine Arbeitserlaubnis zu erhalten. Deshalb appelliert Dagmar Pohle an die Unternehmerinnen und Unternehmer, Praktikumsplätze bereitzustellen. Mitarbeiterinnen der bbw-Akademie berichten, dass ihr Unternehmen ein Projekt vorbereitet hat, aber keine Teilnehmer dafür finden kann. In der



Diskussion wurde sichtbar, dass guter Wille nicht ausreicht, weil viele Fragen offen sind: Qualifikation der Flüchtlinge? Anerkennung der Berufsabschlüsse? Bleibt er/bleibt sie in Berlin? Wer bezahlt teure Arbeitskleidung? Hinzu kommen Vorbehalte bei manchen Arbeitskollegen, aber auch bei Wohnungsunternehmen, wenn Flüchtlinge im kleinen Handwerksbetrieb mitarbeiten.

Uwe Zimmermann vom Vorstand des Wirtschaftsverbandes klein- und mittelständischer Unternehmen OWUS hielt abschließend fest, dass Integration letztlich nur durch Arbeit erfolgen wird. Das aber verlangt viel Engagement, Geduld und vor allem ein besseres Verwaltungshandeln im Land Berlin.

Erika Maier

Für alle, die sich engagieren möchten:
www.marzahnhilft.de

Zentrale Spenden-Annahme und -Ausgabe in Marzahn-Hellersdorf

Da das Betreiben einer Spendenkammer mit Annahme und Ausgabe in den vielen Notunterkünften viel Kraft und Zeit kostet, hat das Bezirksamt in der **Bitterfelder Straße 15** zur Unterstützung eine zentrale Stelle eingerichtet. Abgegeben werden können dort Kleidung der Saison (aktuell: Winterbekleidung) für Kinder, Frauen und Männer. Unterwäsche wird aus hygienischen Gründen nur als **NEUWARE** angenommen.

Ausgabe der Spenden an Menschen mit BerlinPass, Hartz-IV-Beziehende, Senior*innen mit geringem Einkommen, geflüchtete Menschen und soziale Einrichtungen.

Zeit für die Annahme und Ausgabe von Sachspenden:

Montag, Mittwoch und Freitag:
9-14 Uhr

Dienstag und Donnerstag:
12-16 Uhr

Einwohnerversammlung im Marzahner Norden

Never ending story: Ortsumfahrung

Anmoderiert von Herrn Mätz, stellv. Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung, begann die Einwohnerversammlung zum „Stand der Umsetzung Ortsumfahrung Ahrensfelde“ im November in Marzahn-Nord mit Gelächter. Kein Wunder - schließlich dauern die Planungen der Umgehungsstraße bereits über 30 Jahre an. Auf dem Podium nahmen Christian Gräff, Bezirksstadtrat für Wirtschaft und Stadtentwicklung, als Hauptredner sowie Stefan Komoß, Bezirksbürgermeister, und Wilfried Gehrke, Bürgermeister Gemeinde Ahrensfelde, als stille Zuhörer Platz.

Gräff stellte dar, dass täglich mehr als 30.000 Fahrzeuge den Ortskern Ahrensfelde queren. Für die Zukunft müsse man das zunehmende Verkehrsaufkommen durch das Gewerbeareal Berlin-eastside berücksichtigen und bedenken, dass die Bevölkerung in Marzahn-Hellersdorf um 5 bis 8 Prozent wächst. Im Bundesverkehrswegeplan sei die Trasse in der zweiten Vorzugsvariante als vordringlicher Bedarf angemeldet. Sie ist

als ortsnahe, vierspurige Trasse südlich des Ortskerns mit Trog geplant. Das Planfeststellungsverfahren läuft seit 2011 - parallel dazu überprüfte der Bundesrechnungshof die Planungen. Nachdem es zunächst eine Zusage zur Finanzierung seitens des Bundes gab, ist die Troglösung aus dessen Sicht nicht notwendig und wird vom Bund nicht bezahlt. Oberirdisch ja, unterirdisch als Trog nicht. Gräff räumte ein, dass man in Marzahn-Hellersdorf zur Realisierung der Ortsumfahrung in den letzten Jahren wenig getan habe.

Die Gäste, unter denen sich auch Betroffene aus Ahrensfelde befanden, waren sich einig, dass die Variante über die Wuhletalstraße, für die man sich seinerzeit aus Kostengründen nicht entschied, die bessere Variante sei. Mit Lärmschutzmaßnahmen ohne den gedackelten Trog wolle man sich nicht abfinden - verständlich, wer möchte schon meterhohe Schallschutzwände vor seinem Schlafzimmerfenster? Mangelnder Informationsfluss und mäßige Bürgerbeteiligung wurden klar moniert.

Bis zuletzt verfestigte sich der Eindruck, dass sich Gräff mit dieser Veranstaltung auf den Wahlkampf eingestimmt hat. Nachdem er immer wieder Einigkeit in allen Belangen beteuerte, griff er noch den Wahlkreisabgeordneten Wolfgang Brauer an, der Rechenschaft für zehn Jahre Regierungsbeteiligung ablegen sollte. Brauer distanzierte sich gekonnt und machte deutlich, dass bei der Planung auch die Tangentialverbindung Ost nicht losgelöst von der Ortsumfahrung hinsichtlich einer Gesamtverkehrslösung betrachtet werden kann. Auch zog er in Erwägung, prüfen zu lassen, ob es sinnvoller ist, das laufende Verfahren abzubrechen und neu zu beginnen.

Im der Januar-BVV wird sich die Fraktion des Themas erneut mit einer großen Anfrage annehmen.

Janine Behrens

Stellv. Vorsitzende Ausschuss für Umwelt, Natur + Lokale Agenda 21 in der BVV Marzahn-Hellersdorf

Petra Pau (MdB): Als „Gottlose“ durchs Jahr

Und so saßen wir jüngst bei einem „Italiener“ in Marzahn zusammen, das erweiterte „Team Pau“, wie es neudeutsch heißt. Rückblick, Dank, Vorschau. Wobei: Vor dem Jahresfinale nahte noch der Redaktionsschluss dieses Infoblattes. „Schreib einfach, was du 2015 mit deiner ‚Gottlosen Type‘ erlebt hast“, wurde mir empfohlen. Ja, warum eigentlich nicht?

Es war Mitte Februar, da hielt ich das Buch druckfrisch in der Hand, stolz und neugierig, wie es wohl ankommen werde. Wobei „druckfrisch“ schon das erste Stichwort ist. Denn wir hatten vorher eine Idee. Fotos, just, wenn die ersten Bücher vom Band liefen. Doch wo wurde gedruckt? Wir wussten es nicht. Später stellte sich heraus: in Donau-Ries. Donau-Was? Das ist ein kleiner Ort in Franken. Und ich war 2008 tatsächlich dort, ein Jahr nach Gründung der Partei DIE LINKE. Die skurrile Geschichte dazu im Buch „Gottlose Type – meine unfrisierten Erinnerungen“ heißt übrigens „Herr Bürgermeister“.

Der Eulenspiegel-Verlag lieferte pünktlich, so rechtzeitig, dass ich bereits Mitte Februar einige Exemplare nach Israel mitnehmen konnte. Eins war für Angelika Timm bestimmt. Sie wurde in Tel Aviv als langjährige Vorsitzende der dortigen Rosa-Luxemburg-Stiftung verabschiedet. Ein weiteres schenkte ich in Jaffa Frank Meisler. Der Künstler schuf neben vielen anderen auch die Skulptur, die am

Bahnhof Berlin-Friedrichstraße an die „Kindertransporte“ 1938/39 erinnert. Seinerzeit konnten Tausende jüdische Kinder nach England ausreisen und so dem Holocaust entkommen. Frank Meisler gehörte dazu. Auch das kommt im Buch vor.

Offiziell wurde die „Gottlose Type“ Ende Februar im „ND-Club“ und Anfang März auf der Leipziger Buchmesse vorgestellt. Der mdr und N3 luden mich zu Talkshows ein. Der „Kurier“ und weitere Zeitungen brachten freundliche Rezensionen. Von da ab fuhr ich in sitzungsfreien Wochen landauf, landab zu Lesungen, inzwischen wurden es fast 60. Mal kamen weniger, häufiger mehr Leute, im Schnitt waren es 40 je Veranstaltung. Und so konnte ich im Laufe des Jahres mit rund 2.500 Menschen zusätzlich sprechen – und sie mit mir – denen ich ohne dieses Buch wahrscheinlich nie begegnet wäre.

Anders spannend wurde es im Frühsommer, erst auf dem Kirchentag in Stuttgart, dann in meinem Urlaubsdomizil im Allgäu. Bis dato war ich „Gottlose“ nämlich nur im Osten unterwegs, nun also im Westen bzw. in Bayern. Wieder großer Zuspruch! In Oberstaufen waren zwei Lesungen vorgesehen. Kurgäste erbatene eine dritte, und das von einer Linken aus dem Osten! Derweil war ich mit meinen Erinnerungen auch in Nordrhein-Westfalen, in Bremen, in Schleswig-Holstein und Hamburg präsent.

Flüchtlingsunterkünfte in Sporthallen – eine denkbar schlechte Lösung!

Die Diskussionen um die Beschlagnehmung (das ist der offiziell gebrauchte Begriff) von Turnhallen schlagen hoch. Und ja, die Kritik an dieser völlig zweckentfremdeten Nutzung ist berechtigt und ich schließe mich ihr an: Sporthallen wurden gebaut, um darin Sport zu treiben; nicht, damit Menschen darin wohnen.

Dass in Berlin gegenwärtig Sporthallen als letzte Möglichkeit gesehen werden, um Menschen in Not unterzubringen, hat unterschiedliche Ursachen: Viel zu spät wurde erkannt, dass dieses Problem für die Stadt bedeutsam werden könnte (Ich erinnere daran: Vor einem Jahr noch ging es um die Besetzung EINER Schule in Kreuzberg, der Gerhart-Hauptmann-Schule, zu diesem Zeitpunkt hätte man wach werden und handeln müssen!). In der Zwischenzeit kommen täglich 300 und mehr Menschen hier an, die ein Dach über dem Kopf benötigen. Viel zu inkonsequent ging die zuständige Verwaltung daran, andere Unterbringungsmöglichkeiten zu finden und einzurichten. Der Gegenwind aus den eigenen Reihen von SPD und CDU bei einzelnen Vorschlägen war oft so groß, dass keine oder schlechte Entscheidungen getroffen wurden.

Zu den Turnhallen. Berlin verfügt über 1082 Sporthallen, davon werden gegenwärtig ca. 40 als Notunterkünfte (NUK) genutzt, das sind 5,4 % der Hallen. Genutzt werden Großsporthallen (wie das Horst-Korber-Sportzentrum), mittlere und kleine Hallen. In Marzahn-

Hellersdorf werden gegenwärtig vier Sporthallen als NUK genutzt, keine davon wurde dem Schulsport entzogen. Unser Bezirk hat die denkbar günstige und in Berlin einmalige Situation, dass 10 der ca. 80 Sporthallen ausschließlich durch Vereine genutzt werden. Vier dieser Hallen wurden durch den Sportstadtrat an das LaGeSo als verfügbar gemeldet. In diesen Hallen werden ca. 80 bis 120 Menschen untergebracht. In Marzahn leben also ca. 400 Menschen in Sporthallen. Weitere Sporthallen werden gegenwärtig geprüft und vorbereitet, um als NUK genutzt zu werden – über die Feiertage und danach wird der Andrang kaum geringer werden.

Ich habe viele Diskussionen zu dieser zweckentfremdeten Hallennutzung geführt. Auffallend ist, dass jetzt der Landessportbund mobil wird. Wo eigentlich war sein Protest bei jeder nicht erfolgten Sanierung von Sporthallen? Allein in unserem Bezirk fallen mir zwei Hallen ein, die seit Jahren ungenutzt sind, im Land Berlin sind das über 50. Und wer nimmt sich das Recht heraus, in „seinem“ Wahlkreis aus durchsichtigen, populistischen Gründen eine Beschlagnehmung verhindern zu wollen? In unserem Bezirk ist da die CDU ganz besonders aktiv, „ihre“ Klientel über solche Aktionen an sich zu binden. Wo bleibt da das christliche Menschenbild, wo die humanitäre, verantwortliche Position, Menschen in Not helfen zu wollen, ihnen ein Bett, eine Dusche, etwas zu essen garantieren zu wollen? Denn mehr bieten die

Aber auch außerhalb dieser politisch-literarischen Veranstaltungen erwies sich das Büchlein als hilfreich. Im Frühjahr starb die Historikerin Dr. Wilfriede Otto. Die „Helle Panke“ veranstaltete ihr zu Ehren ein Symposium. Ich sollte ein Grußwort halten. Nahezu jeder im Saal wusste mehr über sie als ich. Aber die Episode „Einheits-Partei“ kannten die wenigsten. Im September war ich wieder gefragt. Die BAG „Grundeinkommen“ der LINKE feierte ihr zehnjähriges Bestehen. Und so las ich eine Geschichte aus meinem Heft „Gottlose – ungedruckt“. Das Erstaunen war groß. Denn ich leite darin die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens für jede und jeden aus der Bibel ab, Matthäus 20.

Wenig später waren 180 junge Leute drei Tage lang Gast im Bundestag. Ihr Programm war mit „Werte, Glaube, Politik“ überschrieben, CDU/CSU-dominiert und prall. Aber auch ich war vorgesehen. Nur, ehe ich überhaupt drankam, hatten alle schon ein Dutzend Vorträge plus Debatte intus. Ich referierte daher nicht als rote 13, sondern trug ihnen kurzerhand fünf Kapitel aus dem Buch vor. Noch während ich las, orderten etliche via Smartphone die „Gottlose Type“ als e-book. Das freut natürlich den Verlag. Etwa zur selben Zeit erschien die 2. Auflage des Buches mit einer Episode mehr als vordem. Demnächst dürfte mich auch mein Honorar ereilen. Und wie versprochen: Ich spende es komplett an den Marzahn-Hellersdorfer „Ferien-Sommer 2016“.

Sporthallen ja nicht. Dass die Nutzung als Unterkünfte überhaupt möglich wurde, ist vor allem den vielen ehrenamtlichen Helfern zu verdanken. Sie haben die Hallen geputzt, Fußbodenschutz verlegt, Betten aufgebaut und bezogen. Kinderspielräume eingerichtet und und und. „Der Staat“ ist hier schon lange an seine Grenzen gekommen! Vielen herzlichen Dank all den Helferinnen und Helfern! Beschämend ist, dass insbesondere politisch Verantwortliche im Land und in den Bezirken ihre Aufgaben nicht wahrnehmen: Wann endlich werden alternative Unterbringungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt, um die Sporthallen wieder ihrer eigentlichen Nutzung zuführen zu können? Wohnungen, die das Wort auch verdienen! Genannt werden viele bisher nicht geprüfte Möglichkeiten: Das ehemalige Krankenhaus Heckeshorn, das LBB-Gebäude in der Bundesallee, die Tropenklinik Westend u.v.a. Warum nicht genutzte Büroräume und -gebäude bisher nicht als Unterkünfte umgewidmet werden, ist unverständlich. Auch in unserem Bezirk wäre sicher die Nutzung der ehemaligen Schule am Elsengrund möglich, entsprechende Gutachten liegen vor.

„Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“, wird nicht gehen, wenn man in Verantwortung ist. Das „Ja“ zur Aufnahme von Flüchtlingen in unserer Stadt ist also auch ein „Ja“ zu deren Versorgung. Und da hat dieses Land noch viel zu tun.

Dr. Gabriele Hiller (MdB)

Achard-Schule wieder Thema in der BVV

Zu Beginn der BVV-Sitzung im Dezember würdigte Siegfried Nord von der Stiftung *Zukunft für Berlin* die Arbeit des Jugendklubs SENFTE 10 von der KIDS & CO g.e.V. Der sportorientierte Jugendklub kümmert sich um Flüchtlingskinder und verleiht beispielsweise Sportgeräte an Kinder aus der Unterkunft in der Carola-Neher-Straße. Ein Preisgeld in Höhe von 1.000 € soll die SENFTE 10 bei der Arbeit im kommenden Jahr unterstützen.

Im Bericht aus dem Bezirksamt gab unsere Bezirksstadträtin für Gesundheit und Soziales, Dagmar Pohle, bekannt, dass Anfang Dezember die zentrale Annahme- und Ausgabestelle für Kleiderspenden in der Bitterfelder Straße 15 eingerichtet wurde. Seit Mitte Dezember ist die Ausgabestelle arbeitsbereit. Beim Träger *Jahresringe e.V.* bedankte sich Dagmar Pohle ausdrücklich. Mittlerweile leben in den drei Gemeinschaftsunterkünften des Bezirks 1075 Menschen und in den sieben Notunterkünften 1627 Menschen, wie Pohle weiter berichtete. Die Kleiderkammer steht allen Bedürftigen offen.

Hauptthema in der BVV war wieder die Zukunft des Schulstandortes der Achard-Schule in Kaulsdorf. Neben etlichen Anfragen von Bürgerinnen und Bürger hatte die Linksfraktion eine Große Anfrage – gemeinsam mit der Fraktion der Piratenpartei – und einen Antrag zum Thema eingebracht. Ergebnis der Großen Anfrage ist, dass es nach wie vor noch keine Genehmigung für den Bau

eines Modularen Ergänzungsbaus (MEB) am Standort gibt. Die baulichen Zusatzanforderungen (Lehrer*innenzimmer, Musikzimmer), die zusätzlich zum Standard-MEB geplant sind, sollen ca. 350.000 € extra kosten. Falls dem Bau eines MEB nicht zugestimmt wird, kann ein Neubau erst wieder für 2020 angemeldet werden, so Bezirksbürgermeister und Schulstadtrat Komoß (SPD). In der weiteren Diskussion wurde klar, dass der Abriss des alten Schulgebäudes erst erfolgen wird, wenn eine Genehmigung für einen MEB vorliegt. Sollte es keine Genehmigung für einen MEB geben, muss die schon erfolgte Ausschreibung für den Abriss gestoppt werden, was finanzielle Konsequenzen für den Bezirk haben kann, wie Bezirksstadtrat Richter (SPD) anmerkte. Der Abriss soll planmäßig am 20. Januar beginnen.

Bereits bei der Bürgerfragestunde wurde deutlich, dass eine bauliche Übergangslösung, wie sie auch die Linksfraktion fordert, auf dem Sportplatz möglich wäre – jedoch nicht zusammen mit der für 2019 geplanten Sporthalle. Eine Zwischennutzung des ehemaligen Schulgebäudes an der Eisenstraße hält Bezirksstadtrat Richter für nicht sinnvoll. Eine Instandsetzung wäre genauso teuer und würde genauso lange dauern wie ein MEB-Neubau am Standort der Achard-Schule.

Unser Antrag „Franz-Carl-Achard-Schule: Abrissbirne stoppen“ wurde schließlich auf Antrag der CDU-Fraktion in den Ausschuss für Schule und Sport überwiesen.

Folgende Anträge der Linksfraktion wurden beschlossen:

- Erinnerung an den 80. Jahrestag der Errichtung des NS-Zwangslagers Berlin-Marzahn: Dieser Antrag fordert im Wesentlichen die Durchführung einer Veranstaltung zum 80. Jahrestag der Errichtung des Zwangslagers Berlin-Marzahn.

- Gefahrenstellen auf der Marzahner Brücke entschärfen: Auf www.linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de kann die Presseerklärung von Kristian Ronneburg dazu nachgelesen werden.

- Schule am Standort Straße an der Schule in Mahlsdorf planmäßig fertigstellen: Das Bezirksamt muss sich nun gegenüber dem Senat dafür einsetzen, dem Bezirk zusätzliche finanzielle Mittel bereitzustellen, um eine planmäßige Fertigstellung des Neubaus am Standort Straße an der Schule 41-59 in Mahlsdorf zu gewährleisten.

- Fortsetzung der Renaturierung der Wuhle nach 2017 und Unterschutzstellung des Wuhletals als Landschaftsschutzgebiet.

Unser Antrag „Gedenkstätte Haus Landsberger Allee 563 erhalten“ wurde in den Ausschuss für Kultur und Weiterbildung sowie in den Hauptausschuss überwiesen.

Thomas Braune

Kurz informiert: Aus dem Bezirksvorstand

Nach der Neuwahl des Bezirksvorstandes auf der Hauptversammlung am 28. November ging es Anfang Dezember gleich in medias res. Bevor der Vorstand mit seiner Arbeit loslegen konnte, bedurfte es einiger Regularien, die wie immer zu Beginn der Wahlperiode beschlossen werden mussten. Dazu gehören Geschäfts-, Finanz- und Kassenordnung.

Der Austausch zu aktueller Lage, besonders in Bezug auf Geflüchtetenunterkünfte, Einrichtung weiterer Unterkünfte, auch in Turnhallen, waren Themen. Ganz aktuell war es Anfang Dezember in der Rudolf-Leonhard-Straße der Fall, sodass nach Beendigung der BV-Sitzung einige Mitglieder dort gleich vor Ort bei der Einrichtung der Unterkunft, die von der Volkssolidarität betrieben wird, halfen. Im Dezember fanden in fast allen Unterkünften Weihnachtsaktionen für Kinder statt. Dank sei hier an alle, die mit ihren Spenden dies ermöglicht haben, ausgesprochen!

Die BV-Sitzung am 15. Dezember fand unter unschönen Umständen statt. Nachts zuvor war in Geschäftsstelle und Wahlkreisbüro in der Henny-Porten-Straße eingebrochen wor-

den. Entwendet wurde höchstwahrscheinlich nichts, allerdings kam es zu Sachbeschädigungen durch das Aufbrechen von Türen.

Petra Pau, Gast der Sitzung des Bezirksvorstandes, informierte, dass NSU-Untersuchungsausschuss seine Arbeit wieder aufnimmt und sie dort wieder mitarbeiten werde. Der Bezirksvorstand verabschiedete einen Entwurf des bezirklichen Wahlprogramms der LINKEN, der mittlerweile an die Delegierten der Hauptversammlung, die BO-Sprecher_innen, die BVV-Fraktion sowie die Marzahn-Hellersdorfer Mitglieder des Abgeordnetenhauses übermittelt wurde mit der Bitte, Änderungen, Ergänzungen etc. bis zum 29. Januar 2016, 12 Uhr schriftlich, bevorzugt per E-Mail, zu übermitteln.

Endgültig beschlossen werden soll das Wahlprogramm dann auf der 2. Tagung der 5. Hauptversammlung im Februar. Als nächstes wird sich der Bezirksvorstand unter anderem mit der Vorbereitung des Wahlkampfes sowie der Finanzplanung 2016 befassen.

Jens Braumann
Yvette Rami



DIE LINKE in Berlin braucht Unterstützung: Wollen wir im diesjährigen Wahlkampf „was reißen“, braucht es neben den vielen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern auch einen gut gefüllten Wahlkampfgeldtopf.

Damit die CDU nicht nochmal fünf Jahre auf der Politik-Bremse steht, brauchen wir Deine und Ihre Spende. Denn manche Parteien erhalten Spenden von Lobbyisten und Konzernen. Im Gegenzug erhalten die Spender ... - halt, das wissen wir nicht genau. Aber wir haben eine Vermutung.

DIE LINKE lässt sich nicht kaufen. Außer von Dir und Ihnen. Das geht online:

<https://www.die-linke-berlin.de/spendekampagne2016/#spendenbox>

oder auch in unserer Geschäftsstelle, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin oder im Landesvorstand, Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin.

MHI

Regina Kittler (MdA): Berliner Haushalt und Bildung

Berlin hat einen beschlossenen Landeshaushalt für die Jahre 2016/17. Die Linksfraktion hat diesem nicht zugestimmt, nachdem unsere Anträge durch die Koalition weggestimmt wurden.

Im Bereich Bildung haben SPD und CDU abgelehnt, mehr Lehrkräfte, sozialpädagogische, schulpädagogische und inklusionspädagogische Kräfte einzustellen, die wir aber bräuchten, damit nicht so viel Unterricht ausfällt, Schülerinnen und Schüler besser gefördert werden können, Überlastung bei den Beschäftigten abgebaut und Inklusion machbar wird. Sie haben auch abgelehnt, pädagogische Kräfte für Demokratiebildung und -erziehung einzustellen, und auch prekäre Beschäftigung im Bildungsbereich wird weiter hingenommen.

Ein Anpacken der bildungspolitisch anstehenden Aufgaben ist da nicht zu erkennen. Dafür viel Selbstbewusstsein bei der Präsentation von Selbstverständlichkeiten: 5000 bis 6000 Schülerinnen und Schüler mehr zu jedem Schuljahr brauchen selbstverständlich auch mehr Lehrkräfte und Erzieherinnen und Erzieher, und die, die in den Ruhestand gehen, müssen ersetzt werden.

Das sind die von der Koalition bejubelten 2000 Neueinstellungen!
Ebenso wurde abgelehnt, weitere Mittel für die Entwicklung der Gemeinschaftsschulen

bereitzustellen, obwohl dies die Schule ist, der es nachgewiesenermaßen am besten gelingt, den Lernerfolg von der sozialen Herkunft abzukoppeln.

Und die SPD muss schon erklären, was daran sozial ist oder daran, Mittel für die Subven-



Regina Kittler

Foto: DIE LINKE. Berlin

tion von Schulmittagessen abzulehnen. Oder daran, dass die inklusive Schule offensichtlich der Flughafen der Berliner Bildung bleibt.

Da ist keine Offensive zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention erkennbar! Ein notwendiger Schritt muss doch jetzt endlich sein, allen Schulen, die dies wollen, wie

z.B. viele Gemeinschaftsschulen, die Möglichkeit und die notwendigen Mittel zu geben, inklusive Vorreiterschulen zu werden.

Wenn es möglich ist, dass die Koalition den exklusiv arbeitenden Gymnasien am 24. November mal schnell noch 9,3 Mio. € spendieren kann, um in den 7. Klassen eine Personalzulage für Heterogenität zu finanzieren, obwohl es ab der 8. Klasse durch Abschulung ganz schnell vorbei ist mit der Heterogenität, dann muss es doch auch möglich sein, endlich entscheidende Schritte für die inklusive Schule zu gehen!

Wenn es 96 % der Berlinerinnen und Berliner nach einer neuesten Forsa-Umfrage wichtig finden, dass alle Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihrer sozialen Herkunft oder Nationalität die gleichen Chancen für ihren Bildungserfolg bekommen und wenn 62 % sich gegen das Koalitions-Mantra „Schulfrieden“ aussprechen und Veränderungen in der Berliner Schule wollen, dann sind das klare Mehrheiten und das sieht die Linksfraktion als Handlungsauftrag!

Juliane Witt: Die Sprache der Kunst ist universell!

Miteinander Leben gestalten ist eine Kulturaufgabe. Als Kulturstadträtin ist es mir Herzenssache und berufliche Verpflichtung, alle zu unterstützen, die mit Kunst und Kultur dazu beitragen, dass Gemeinschaft gelebt wird und die neuen Mitglieder sich als solche willkommen fühlen.

Viele Debatten in den Medien erwecken den Eindruck, dass es beim Thema Flüchtlinge allein um Bett und Brot, um Turnhallen und Schlagen vor dem LaGeSo geht. Natürlich habe auch ich mehrfach beim nächsten Start einer Einrichtung mit zugepackt und den Betenaufbau begleitet, Spenden transportiert und Kleiderkammern eingerichtet.

Von uns als Politikern erwarten die Bürger und Mitarbeiter aber auch, dass wir den Blick aus dieser Alltagssituation lösen und die politischen Rahmenbedingungen für Hilfe und Bildung unterstützen. Wichtig ist mir aber auch ein Ändern des Blickwinkels weg von

dem hilfebedürftigen Flüchtling – hin zum Erkennen der Fähigkeiten und Potenziale.

Im Kulturamt spielen zwei Debatten eine Rolle: Welche Fähigkeiten die Gäste mitbringen, die unsere Kultur bereichern und welche Rolle die Kultureinrichtungen spielen können, um ein besseres Verständnis von kulturellen Hintergründen zu ermöglichen.

Konkret heißt das, dass unsere Volkshochschule in allerbesten Weise Kurse anbietet, die Spracherwerb auf jedem Niveau ermöglichen. Die Teilnehmerzahlen in den Integrationskursen haben sich sprunghaft entwickelt. Waren es 2011 noch 374 Teilnehmer, sind es inzwischen 2860 Teilnehmende, die eine Programmbereichsleiterin betreut. Das Interesse ist hoch, die Belastung für Beratung und Organisation ebenfalls und der Alltag kaum zu leisten. Wir fordern deshalb die unverzügliche Aufstockung um mindestens eine

Fachkraft mit Sprachkenntnissen, um die Beratung sicherzustellen.

Mich bewegt sehr, dass gestandene Künstler und junge Aktive aus unserem Bezirk den Weg in die Flüchtlingsunterkünfte suchen und dort das tun, wovon andere reden. Unter dem Motto „Kulturräume sind Willkommensräume“ sind die Kultureinrichtungen des Bezirks aktiv, um die Angebote so offen und anregend wie möglich zu gestalten, um Begegnung und Austausch zu ermöglichen. Gern unterstütze ich die Sprachprojekte und die Kunstaktivitäten auch persönlich, damit wir jenen, die hier eine Heimat finden wollen, nicht nur Bett, sondern auch Bühne und Palette bieten.

Im Januar wird eine Projektseite die Aktionen und Angebote im Bezirk verknüpfen. Ihre Hinweise sind immer gern willkommen: an mich, Juliane Witt, per E-Mail: j@marzahn.de

Aus den Siedlungsgebieten:

Die Infrastruktur weiter ausbauen!

Die weitere Entwicklung der Siedlungsgebiete in Marzahn-Hellersdorf steht auch in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen. Für DIE LINKE ist der Ausbau der Infrastruktur ein wichtiger politischer Schwerpunkt. Es geht um Schulen, Kitas, einen funktionierenden Nahverkehr, den Ausbau des Breitbandnetzes in Berlin und die schrittweise Verbesserung des Zustandes der Straßen. Nach wie vor ziehen durch den fortgesetzten Wohnungsbau weitere Berliner in unsere Ortsteile. Die Bevölkerung in den Siedlungsgebieten ist im Vergleich zu ganz Berlin und zum Bezirk durch einen überdurchschnittlichen Anteil von älteren Menschen und unterdurchschnittlichen Anteil an Kindern und Jugendlichen gekennzeichnet. Das stellt den Bezirk in weiteren Gebieten der soziokulturellen Infrastruktur vor große Herausforderungen. Durch die Stärkung der sozialen Infrastruktur, die Förderung der Tätigkeit der Sozialkommissionen und die Entwicklung der Stadtteilzentren in Kaulsdorf (Mittendrin e.V.), in Biesdorf (Ball e.V.) und in Mahlsdorf (AWO) kann dieser Entwicklung Rechnung getragen werden. In Mahlsdorf-Süd soll ein weiteres „Bürgerhaus“ für die soziokulturelle Entwicklung in der Region geschaffen werden. Hier ist es leider nicht gelungen, den Antrag der LINKEN und Piraten auf Aufnahme dieses Projektes in die Investitionsplanung durchzusetzen. Im laufenden Haushaltsjahr sind vor allem durch das Wirken der LINKEN im Bezirksamt und in der BVV Haushaltsmittel für ein solches Zentrum eingestellt worden. Diese sind aber erst einmal bis zur Ausschreibung für einen Träger der Sozialarbeit „qualifiziert gesperrt“ worden. Das heißt, sie werden erst nach dem Abschluss der Ausschreibung freigegeben. In den Siedlungsgebieten besteht eine stabile

soziale Situation. Die Arbeitslosigkeit liegt bei ca. 4 Prozent, und die Abhängigkeit von sozialen Grundsicherungen ist bei den Erwerbstätigen und den Seniorinnen verhältnismäßig gering. Vor allem in Kaulsdorf gibt es Defizite bei den Sozialangeboten für ältere und gehandicapte Menschen. Hier muss wie in den anderen Ortsteilen der Gefahr von Vereinsamung älterer Menschen durch die Stärkung aufsuchender sozialer Dienste entgegen gewirkt werden. Die von CDU, SPD und Grünen mitgetragene Schließung des Bürgerbüros in Mahlsdorf und die Konzentration wichtiger Versorgungseinrichtungen sowie des ÖPNV auf wenige zentrale Standorte fördern das Angewiesensein auf das eigene Auto. Insbesondere in Kaulsdorf und in Mahlsdorf-Nord besteht ein ausgesprochenes Nahversorgungsdefizit. Die Planungen der Ortsteilzentren in Mahlsdorf, der TVO und der Verkehrsleistungen für Biesdorf im Zusammenhang mit der IGA sind von zentraler Bedeutung. Die stockende Entwicklung der Schulstandorte, der Bedarf an Kitaplätzen und Jugendfreizeitstätten ist im stärkeren Maße als bisher an die aktuellen Entwicklungen in den Sozialräumen anzupassen. Es geht darum, Konzepte für die sozialräumlichen Entwicklungen zu finden und durch mobile Bürgerämter oder dezentrale Dienstleistungs- und Versorgungsangebote zu erweitern. Wir setzen zugleich auf das freiwillige Engagement der Menschen und werden dieses weiter stärken. Und es geht auch darum, die entsprechenden finanziellen Mittel dafür bereitzustellen. Wir werden uns diesen Herausforderungen stellen und im Bezirksamt und in der BVV unsere Konzepte einbringen.

Klaus-Jürgen Dahler
Bezirksverordneter

Was geht uns das Klima an?

- Teil II -

Um den globalen Klimawandel zu begrenzen, bedarf es eines tiefgreifenden gesellschaftlichen Umbaus in allen Stufen des Reproduktionsprozesses.

Doch was kann man konkret in der Kommune leisten?

Zum einen wäre die Verantwortung der Verwaltung selbst im Umgang mit ihren eigenen Liegenschaften, aber auch bei der Stadtplanung. Gefördert durch die EU hat das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf ein integriertes bezirkliches Klimaschutzkonzept vorgelegt. Ein Energiebeirat hat sich nunmehr die Aufgabe gestellt, dessen Umsetzung – v.a. bezüglich der bezirklichen Immobilien – zu begleiten.

Die energetische Sanierung öffentlicher Bauten ist zweifellos eine Herausforderung für Jahrzehnte.

Nicht immer passen auch bisherige Vorschriften zu neuen Erfordernissen oder gar zur Durchsetzung von Innovationen.

Das Erkennen und Durchsetzen von Erfordernissen einer klimagerechten Stadtentwicklung im Bereich der Stadtplanung scheint hingegen eher eine Frage fehlender politischer Motivation zu sein ...

Zum anderen das Wohnen und seine Zukunft. Schauen wir z.B. in unsere Großsiedlungen, lässt sich feststellen: Die „Platte“ weist und wies günstige Wärmedämmwerte auf. Die Investitionen der letzten Jahrzehnte waren vor allem eine wirtschaftliche Frage. Andererseits setzt Beton – erst einmal aufgeschlossen – in hohem Maße CO₂-frei. Neubau in Zukunft wird vor allem auf nachhaltige Baustoffe setzen (müssen) – z.B. Holz und andere.

Auf jeden Fall dürfte vorgefertigter Geschosswohnungsbau aus wirtschaftlichen und ökologischen Gründen wieder eine Renaissance erfahren. Eine Herausforderung wird sein, die Wärmeversorgung in absehbarer Zeit auf erneuerbare Ressourcen umzustellen. Auch Strom selbst zu erzeugen gibt es inzwischen – ein Mietersolarmodell im „Gelben Viertel“.

Solche Projekte im größeren Umfang zu realisieren, wird künftig durch die Novelle des EEG, die große Energiekonzerne bevorzugt, erschwert.

In einem weiteren Teil werde ich auf „Stadlandschaft und Klima“ eingehen.

Frank Beiersdorff
Bezirksverordneter

• Jahrestage • Termine • Gedenktage •

1. Januar 1951	Grundsteinlegung für den Bau des VEB Eisenhüttenkombinates Ost (EKO)
6. Januar 1991	Erster NATO-Einsatz der Bundeswehr in einem kriegsbedrohten Krisengebiet beginnt mit der Verlegung von Kampfflugzeugen in die Türkei
11. Januar 1991	Erstes Gesamtberliner Abgeordnetenhaus konstituiert sich
12. Januar 1991	Friedensdemonstrationen gegen drohenden Zweiten Golfkrieg
14. Januar 1951	Einweihung der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde durch Wilhelm Pieck
15. Januar 1919	Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordet
17. Januar 1946	Konstituierende Sitzung des UN-Sicherheitsrats
17. Januar 1991	Golfkrieg: »Operation Wüstensturm« beginnt mit alliierten Luftangriffen auf den Irak
17. Januar	Welttag des Migranten und Flüchtlings (katholisch)
18. Januar 1996	Anschlag auf ein Haus für Asylbewerber in Lübeck mit 10 Toten, bis heute nicht aufgeklärt
19. Januar 2006	Palast der Republik wird auf Beschluss des Bundestages abgerissen
22. Januar	Deutsch-Französischer Tag (Jahrestag des Élysée-Vertrages)
24. Januar 1986	Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM) gegründet
25. Januar 2011	Beginn des ägyptischen Volksaufstands
27. Januar	Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus/Internationaler Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust
27. Januar 1916	Erster »Spartacus-Brief« veröffentlicht (Karl Liebknecht)
27. Januar 1996	letzter und stärkster unterirdischer Atombombentest
28. Januar	Europäischer Datenschutztag

Zur Person: Steffi ...

Steffi ... ist 28 Jahre alt, wohnt in Marzahn-Hellersdorf und studiert öffentliche Verwaltungswirtschaft an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin. Seit September 2015 hilft Steffi Geflüchteten in Marzahn-Hellersdorf.

● *Warum willst du dich nicht mit deinem vollen Namen und Foto vorstellen?*

St.: Ich lege sehr viel Wert auf den Schutz meiner und der Privatsphäre meiner Familie. Das tue ich sowohl im Internet als auch in der analogen Welt.

● *Du hilfst in der Gemeinschaftsunterkunft in der Bitterfelder Straße. Was genau machst du dort?*

St.: In der Bitterfelder Straße bin ich schon von Anfang an dabei. Erst beim Bettenaufbau, später bei der Einweisung der Neuankömmlinge. Einige Zeit habe ich bei der Essensausgabe und in der Kleiderkammer geholfen. Seitdem ich auch als geringfügig Beschäftigte für die Essensausgabe an den Wochenenden im Haus arbeite, hat sich das Aufgabenspektrum zu den anderen Zeiten sehr erweitert. Jetzt gehören beispielsweise auch die Begleitung zu Arztterminen, Recherchearbeiten oder die persönliche Betreuung einzelner Flüchtlinge dazu. Hierbei ist es mir aber besonders wichtig zu betonen, dass



Helfende Hände gibt es viele. Foto: Th. Braune

es auch noch viele weitere Helfer gibt, die mindestens genauso helfen und den Bewohnern zum Beispiel ein wunderbares Weihnachtsfest ermöglicht haben.

● *Du bist auch Mutter. Ist deine ehrenamtliche Tätigkeit noch mit Beruf und Familie vereinbar?*

St.: Es ist natürlich schwer, aber ich versuche sehr darauf zu achten, dass meine Familie nicht zu kurz kommt. Hierbei bin ich meinem Freund sehr dankbar, der mich jederzeit bei allem unterstützt.

● *Wie bist du dazu gekommen, Geflüchteten zu helfen?*

St.: Für mich war es eine erschreckende Erfahrung, im Vorfeld der Eröffnung der Unterkunft am Blumberger Damm hautnah mit Hass und Intoleranz konfrontiert worden zu

sein. Mir war es wichtig, dagegen ein Zeichen zu setzen. Nachdem die Geflüchteten angekommen waren, war es für mich selbstverständlich zu helfen.

● *Welche Erfahrungen hast du bisher bei der Arbeit mit Geflüchteten gemacht?*

St.: Ich habe unheimlich viele nette und interessante Menschen kennenlernen dürfen – sowohl Geflüchtete, die schon länger hier sind, als auch Neuankömmlinge. Deren persönliche Erlebnisse, die häufig sehr unter die Haut gehen, belasten mich teilweise aber auch. Solche Schicksale waren für mich bisher sehr weit weg.

● *Also gibt es auch frustrierende Momente?*

St.: Natürlich. Vor allem, wenn effektive Hilfe an bürokratischen Hürden scheitert.

● *Hat die Politik bei der Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten – auch in Marzahn-Hellersdorf – versagt?*

St.: Mit Blick auf ganz Berlin kann man nur vom Scheitern der Politik und Verwaltung sprechen. Die Zustände am LaGeSo haben ja leider traurige Berühmtheit erlangt. In Marzahn-Hellersdorf betrachte ich das Ganze differenzierter. Hierbei habe ich Bezirks-, Landes-, aber auch Bundespolitiker kennenlernen dürfen, die unheimlich engagiert geholfen haben und das ihnen Mögliche versucht haben, um direkt in den Unterkünften zu helfen.

Das Gespräch führte Thomas Braune.

IG Bauen Agrar Umwelt (IG BAU)

Der Ortsverband Marzahn-Hellersdorf der Industriegewerkschaft Bauen Agrar Umwelt ist der mit Abstand stärkste in Berlin. Aus Sicht der ebenfalls zahlreichen Lichtenberger oder Neuköllner haben wir ein Viertel mehr Mitglieder als diese – belanglos, denn die Probleme sind hier wie da die gleichen. Dabei bietet unser junger Vorstand seit Jahren ein vielseitiges Programm an wechselnden Orten: Kommunalpolitische Gespräche mit verantwortlichen Amtsträgern, thematische Mitgliederversammlungen, geführte Besichtigungen architektonisch-historisch bedeutender Objekte usw. Baustellenbesuche mit Gesprächen unter Kollegen gehören in ganz Berlin (BER eingeschlossen) zu unseren ständigen Aktivitäten. Allein im letzten Vierteljahr 2015 waren wir beteiligt an der 7. LICHTERKETTE gegen Armut und Ausgrenzung sowie der Großaktion am 10. Oktober „CETA, TTIP und TiSA STOPPEN“.

Das Marzahner Mieterforum 2015 am 21. Oktober stand wieder unter unserer Regie, und die Jubilar-Ehrung am 1. November in der „Zur S-Bahn Kaulsdorf“-Gaststätte war den Kolleginnen und Kollegen gewidmet, die 25, 40, 50 oder 60 Jahre Mitglied in der Gewerk-

schaft sind. Leider kam nur etwa ein Fünftel der Eingeladenen. Denen aber, die dabei waren, hat's gefallen. Wie jenen, die sich zum IGA-2017-Vortrag und anschließender Frageunde am 14. November einfinden. Renate



Marzahn-Hellersdorfer in Brüssel.

Foto: B. Lehmann

Behrmann von der Deutschen Bundesgartenschau GmbH zeigte sich als fachlich versierte Referentin und sympathische Gesprächspart-

nerin zugleich – und wir Marzahn-Hellersdorfer stellten im Schöneberger DGB-Haus knapp die Hälfte der Teilnehmenden. Schon weil die Gärten der Welt zum Zentrum bestimmt wurden, ist unser Ortsvorstand seit Ende 2012

auch die treibende Kraft im Arbeitskreis IGA 2017 der Berliner IG BAU. Am Nikolaustag besuchten wir das Bauhaus-Archiv und am Vortage fand das unser IG BAU-Jahr im Stadtbezirk abschließende Weihnachtsskatturnier im Stammlokal „Zur S-Bahn Kaulsdorf“ statt.

Ende 2016 sind wieder Wahlen für die folgenden vier Jahre. Nach zwei Wahlperioden kandidiere ich als Ortsvorsitzender nicht wieder. Unser aktiver Ortsvorstand ermutigt Kolleginnen und Kollegen, sich aktiv gewerkschaftlich im Stadtbezirk einzubringen. Erste Gelegenheit dazu: unser Winterspaziergang übers IGA-Gelände am 31. Januar.

Bernd-R. Lehmann

Ortsverbandsvorsitzender IG BAU

Treffen in Wahlkreisen

- » **6.1.**, 18 Uhr, Treffen aller im **Wahlkreis 4** wohnenden Mitglieder, Theater am Park, Frankenholzer Weg 4, 12683 Berlin
- » **19.1.**, 18 - 20 Uhr, Treffen aller im **Wahlkreis 6** wohnenden Mitglieder (Hellersdorf-Süd, Kaulsdorf-Nord, Mahlsdorf-Nord), Haus im Stadtteil „Kompass“, Kummerower Ring 42, 12619 Berlin

Luxemburg-Liebknecht-Ehrung

- » **10.1.**, 9.30-13.00 Uhr, Gedenkstätte der Sozialisten Berlin-Friedrichsfelde

Basiskonferenz der LINKEN. Berlin

- » **16.1.**, 10 Uhr, Basiskonferenz der LINKEN. Berlin in Vorbereitung der Berliner Wahlen / Wahlprogramm, Alte Börse Marzahn, Zur Alten Börse 59, 12681 Berlin

„Ankommen“ - Vernissage

- » **19.1.**, 18 Uhr, Vernissage: **Ausstellung mit Werken von Matthias Hartje**, Abgeordnetenbüro Wolfgang Brauer, Havemannstr. 24, 12689 Berlin

Zum 10. Mal: Brauer lädt ein

- » **27.1.**, 19 Uhr, Berliner-Tschechow-Theater, Märkische Allee 410, 12689 Berlin, „**Sind wir allein im All?**“, **Vortrag in Wort und Bild von Prof. Dr. Dieter B. Herrmann**, Astronom, langjähriger Leiter der Archenholdsternwarte und Mitbegründer des Zeiss-Großplanetariums

Politischer Frühschoppen

- » **24.1.**, 10.30 - 13 Uhr, mit Regina Kittler und Dagmar Pohle, Stadtteilzentrum, Alt-Biesdorf 15, 12683 Berlin

Haupt-/Vertreter_innenversammlungen

- » **13.2. und 14.2.** jeweils 10 - 19 Uhr, 2. Tagung der 5. Hauptversammlung Beschlussfassung zum bezirklichen Wahlprogramm / Vertr.-versammlung zur Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für die Abgeordnetenhaus-Wahlkreise 1 bis 6; Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für die Bezirksverordnetenversammlung (Ort wird noch bekanntgegeben)

„Rotes Sofa“

- » **24.2.**, 18.30 Uhr, Manuela Schmidt und Regina Kittler laden ein zur Vernissage mit Ulrich Uffrecht, Abgeordnetenbüro Kittler & Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681

Bezirksvorstand

- » **19.1., 2.2.** jeweils 19.30 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Beratungen des Bezirksvorstandes

Basisgruppensprecher-Beratungen

- » **7.1., 11.2.** jeweils 19.30 Uhr, BO Marzahn, Stadtteilzentrum, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

- » **7.1., 11.2.** jeweils 19.30 Uhr, BO Hellersdorf, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin

- » **10.2.**, 18 Uhr, BO Biesdorf/Marzahn-Süd, Wahlkreisbüro R. Kittler & M. Schmidt, H.-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

Sprechstunden

- » **Wolfgang Brauer** (MdA), **12.1., 26.1.** jeweils 18 - 20 Uhr, Wahlkreisbüro, Havemannstraße 24, 12689 Berlin

- » **Dr. Manuela Schmidt** (MdA), **11.1., 25.1.** jeweils 18 - 19 Uhr, Wahlkreisbüro, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

- » **Dr. Gabriele Hiller** (MdA), **11.1.**, 17 Uhr, WK-Büro, Teterower Ring 41, telef. Anmeldung unter 030 23252586

- » **Regina Kittler** (MdA), **13.1.**, 15.30 - 17.30 Uhr, **20.1.**, 10-11 Uhr, Wahlkreisbüro, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

- » **Petra Pau** (MdB): **20.1.**, 10-12 Uhr, WK-Büro, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, telefonische Anm.: 030 99289380

Abgeordnetenbüros

- » **Dr. Gabriele Hiller** (MdA), Teterower Ring 41, 12619 Berlin (direkt hinter dem Spree-Center): mo 16-18, di 14-16, mi/do 10-13 Uhr

- » **Wolfgang Brauer** (MdA), Havemannstr. 24, 3. Etage, 12689 Berlin (Ärztelhaus): di 18-20 Uhr, fr 11 - 13 Uhr, Tel. 030 97891950

- » **Dr. Manuela Schmidt** (MdA), Tel. 030 54980323 und **Regina Kittler** (MdA), Telefon: 030 54980322, Helene-Weigel-Pl. 7, 12681 Berlin

BVV-Fraktion

- » **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: mo 16-18 Uhr, di 9-12 Uhr, mi 15 - 17 Uhr, do 15-18 Uhr (außer am Sitzungstag der BVV), Telefon 030 902935820, E-Mail: fraktion@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Hinten links:**Solidarität**

Solidarität in Europa scheint sich nur mehr in papiernen Verträgen zu finden und im bürgerschaftlich tätigen Engagement Einzelner.

Der Klimagipfel in Paris verabschiedete zum Ende des alten Jahres eine ambitionierte Willenserklärung - ohne irgendwelche Konsequenzen vorzusehen - die Klimafolgen treten ja so oder so ein.

Ingeborg Bachmann schrieb vor gut dreißig Jahren: „Hätten wir das Wort, hätten wir Sprache, wir bräuchten die Waffen nicht.“

Wie u. a. von Petrarca erkannt: ein leider unerfüllbarer Wunschtraum. Den Allermeisten heute ist von den drei Gaben der Weisen aus dem Morgenlande für das Christuskindlein in Erinnerung nur noch das Gold.

Frage

Wen interessiert da der „Stein der Weisen“, unsere einzige Erde, der blaue Planet?

R. Rüdiger

Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12

(Telefon: 030 5412130/030 9953508 - Telefax: 030 99901561)

Montag: 13 - 17 Uhr

Dienstag: 10 - 17 Uhr

Donnerstag: 13 - 18 Uhr

Freitag: 10 - 13 Uhr

Schließtag:
22.1.2016

Impressum Marzahn-Hellersdorf links

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrer Kürzungen von Beiträgen vor.

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin
fon: 030 5412130, fax: 030 99901561

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Bearbeitungsschluss: 04.01.2016. Auslieferung ab: 05.01.2016. **Druck:** Eigendruck. **Marzahn-Hellersdorf links** wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 35 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 03.02. und 02.03.2016.